Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 14 Sonnabend, den 19. Februar 1927. 40. Jahrgang.

Zerstörte Hoffnungen.

Soeben ist eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums erschienen, die ganz außerordentlicher Beachtung wert und von viel größerer Wichtigkeit ist als so manches, was sich im politischen Leben augenblicklich in den Vordergrund schiebt. Diese Denkschrift behandelt die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung, soweit sie auf Grund des im vergangenen Jahre entstandenen Arbeitsbeschaffungsprogramms vollzogen worden sind. Dieses Programm, das für die Zwecke der Milderung der Arbeitsnot damals der Reichsregierung Hunderte von Millionen zur Verfügung stellte, wurde mit einem Enthusiasmus begrüßt, der insofern übertrieben war, als er sogar das Ende der Arbeitslosigkeit in nächste Nähe gerückt sah. Die Rechenschaft, die die Regierung nun über die bisher getroffenen Maßnahmen ablegt, rechtfertigt den damaligen Enthusiasmus nur in sehr geringer Weise. Das Programm hatte zwei Ziele: Belebung der Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen seitens der Behörden und andererseits die Beschäftigung arbeitsloser Gewordener.

Dieser zweite Gesichtspunkt sollte der Ausgangspunkt sein für die Beschäftigung Arbeitsloser innerhalb der Industrie, die auf Grund der gesteigerten behördlichen Aufträge ihre Erzeugung vermehren würde. Dann aber auch für die eigentlichen Notstandsarbeiten. Eine wirklich merkbare Herabsetzung der Arbeitslosigkeit ist in diesen beiden Richtungen — wenigstens auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms — nur in äußerst geringfügiger Ausdehnung eingetreten. Man hatte alle Vorsichtsmaßnahmen dagegen getroffen, daß die für die Aufträge herangezogenen Firmen etwa Überstunden einführten; trotzdem muß die Denkschrift zugeben, „daß die Übernahme der Aufträge keineswegs in allen Betrieben Neueinstellungen von Arbeitskräften erforderlich machte, z. B. dann nicht, wenn die Arbeitsgelegenheit der bisherigen Belegschaft erschöpft war, ihre Entlassung nur mit Hilfe der neuen Aufträge vermieden wurde oder wenn die Belegschaft bisher infolge ungenügender Beschäftigung des Betriebes verkürzt arbeitete. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch Firmen, die nun wirklich in der Lage waren, Erwerbslose einzustellen." Ebenso entsagend drückt sich die Denkschrift aus über den Erfolg, den die eigentlichen Notstandsarbeiten hinsichtlich der Herabdrückung der hohen Erwerbslosenziffer hatten. Der verhältnismäßige Anteil der Notstandsarbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbslosen ist ungefähr in der ganzen Zeit der gleiche gewesen. Und der Rückgang in der allgemeinen Arbeitslosenziffer „ist selbstverständlich nicht allein und nicht einmal überwiegend auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen". Von dem Stichtag des 15. Mai 1926 ist die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen von 171 000 bis auf 124 000 am 15. Dezember 1926 zurückgegangen, gleichzeitig auch im Verhältnis zu der Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen von 9,6 bis auf 8,5. Sowohl für die Notstandsarbeiten selbst wie für die Kredite, die man der Industrie gab, sind ganz gewaltige Summen ausgeworfen worden. So gab die Reichsbahn teils aus eigenen Mitteln, teils mit Hilfe des 100-Millionen-Kredits des Reiches Aufträge in Höhe von über 150 Millionen; die Reichspost sah die Verwendung von 320 Millionen vor. Für Kanal- und Wohnungsbauten, für die Errichtung von Landarbeiterwohnungen usw. wurden gleichfalls Kredite bereitgestellt, die die Höhe von rund 100 Millionen fast erreichten. Dazu kommen aber noch die Riesensummen, die für die eigentlichen Notstandsarbeiten, also Straßenbauten und Meliorationen, Flußregulierungen und Kanalisationsarbeiten usw. ausgesetzt waren und die sich auf rund 240 Millionen Mark beziffern. Davon sind allein 82 Millionen für Straßenbauten ausgegeben worden. Leider ist insofern der beabsichtigte Erfolg auch deswegen ausgeblieben, weil die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit einer Unterstützungsdauer von mehr als 26 Wochen sich während des Jahres 1926 nicht nur verzehnfachte, sondern auch die Verhältniszahl gegenüber den kürzer oder länger Unterstützten anschwoll.

Aus der Denkschrift selbst geht aber leider noch das weitere hervor, daß das Zusammenarbeiten der Reichs- und Länderbehörden bei einer ganzen Reihe der in Betracht kommenden Aufgaben ein überaus unerfreuliches gewesen ist, daß hier Schwierigkeiten nicht bloß auftauchten, sondern teilweise erst geschaffen wurden. Die Hoffnungen also, die von mancher Seite in übertriebener Weise auf die wirtschaftliche Auswirkung des Arbeitsprogramms gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt und die Denkschrift stellt demgemäß zum Schluß fest, daß „staatliche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit immer nur teilweise beheben und mildern können; die durchgreifende Heilung aber muß aus der Wirtschaft selbst kommen und ihre unerläßliche Voraussetzung ist die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts".

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Wallraf zum Vorsitzenden gewählt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wählte an Stelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abg. Hergt (Dtn.) den Abg. Wallraf (Dtn.) zu seinem Vorsitzenden. Sodann wurden die Gesetzentwürfe über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag behandelt. Der Ausschuß gab nach kurzer Aussprache den beiden Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen seine Zustimmung. Auch wurde beschlossen, daß in nächster Zeit im Auswärtigen Ausschuß eine allgemeine Aussprache über Schiedsgerichtsverträge stattfinden soll.

Es folgte die Beratung der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen. Nachdem Staatssekretär von Schubert und andere Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den bisherigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eingehende Erläuterungen gegeben hatten, entspann sich eine ausführliche vertrauliche Debatte darüber, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten.

Völlige Entwaffnung Deutschlands.

Ein Urteil des Marschalls Foch.

Im Heeresausschuß der Französischen Kammer erstattete Marschall Foch Bericht über die Entwaffnung Deutschlands. Er nahm Bezug auf die Feststellung der Interalliierten Kontrollkommission und die Beratungen der Botschafterkonferenz und die von Deutschland betr. die Ostfestungen eingegangenen Verpflichtungen. Er betonte, daß die deutsche Entwaffnung nunmehr effektiv sei, daß man aber für die Zukunft wachsam bleiben müsse.

General de Castelnau beschäftigt sich im „Echo de Paris" mit der Frage der Rheinlandbesetzung und kommt, nachdem er einzelne strategische Fragen für den Fall eines Konflikts entwickelt hat, zu folgendem Schluß: Wenn das Land die Annäherungspolitik haben wolle, dann müsse es vor allen Dingen von seinen Vertretern im Parlament die Schaffung einer soliden und stark organisierten Armee fordern. Das sei der Preis für die Annäherung und den Frieden.

Erziehung für den Zukunftskrieg.

General Heye über die Aufgaben der Reichswehr.

Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Heye, gab bei Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums eine längere Darstellung der Verhältnisse in der Reichswehr. Er lege besonderen Wert darauf, so führte der Redner aus, die Reichswehr dem Volk und dem Vaterlande nahezubringen. Unsere kleine Reichswehr sei ein Volksheer; sie müsse Glied des deutschen Volkes und Vaterlandes sein und bleiben. Das Heer könne nicht im Frieden, noch weniger im Kriege allein stehen. Das Heer könne den Kampf nur führen, wenn das ganze Volk hinter dem Heer stehe.

Im Zukunftskriege

sei ja der Soldat nicht die Hauptsache, sondern das ganze Volk müsse den Krieg führen. Es sei klar, daß häufig die Außenpolitik mit den Arbeiten und Zielen der Wehrmacht in einem natürlichen Gegensatz stünde. Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Er könne verstehen, daß eine Armee nicht nötig sei, sei sie aber da, so müsse die Armee zum Kriege im vollsten Sinne erzogen werden. Ein Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Jeder, der den Krieg mitgemacht habe, wisse, welche Schrecken mit dem Kriege für das Vaterland verbunden seien. Er würde pflichtvergessen sein, wenn er nicht alle Eventualitäten eines künftigen Krieges erwägte und alles, soweit es im Rahmen des Versailler Vertrages möglich sei, vorbereiten würde. Bei allem müsse man aber berücksichtigen, daß die Reichswehr in der schwersten Entwicklung stehe, daß sie aber jetzt

auf festen Säulen steht,

dafür danken wir dem Minister Dr. Geßler und dem Generalobersten von Seeckt. Selbstzucht, Gehorsam und Kameradschaftlichkeit zeichnen heute die Reichswehr aus. Auch seine Ansicht ginge dahin, daß noch manches geändert werden könne. Im Grunde sei aber die Reichswehr eine gute Truppe, was auch vom Ausland anerkannt werde. Er begrüße den Vorschlag des Zentrumsabgeordneten Erfing, die Truppe bei ihren Übungen und in ihrem Kasernenleben kennenzulernen.

General Heye erklärte weiter, für eine Kritik sei er immer zu haben. Er [illegible] es, was über die Reichswehr gesagt oder geschrieben werde, nachgeprüft, von welcher Seite es auch komme. Wenn jedoch Reformen ins Auge gefaßt würden, die eine völlige Änderung des Systems bedeuteten, so müsse er sich pflichtgemäß dagegen wenden, weil er davon nur eine Verschlechterung befürchte. So habe sich auch

die Ersatzfrage

zu dem jetzigen System aus der Praxis der Truppenerfahrungen entwickelt. Das beste Verhältnis sei immer, wenn der Kompagniechef usw. mit den Anverwandten des Soldaten Fühlung habe. Die Reichswehr sei eine große Familie. Er mache keinen Unterschied zwischen den Anwärtern, nur müßte jeder den Willen haben, seine Pflichten zu erfüllen, und zum Kämpfen bereit sein. Es werde gesagt, daß

die Reichswehr nicht republikanisch

sei. Er wisse, daß es Offiziere gebe, die die Monarchie für die bessere Staatsform hielten. Aber gerade die Offiziere, die offen ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, dienten treu und bewußt der Deutschen Republik, und darauf komme es doch schließlich an. Er stelle selbstverständlich keine Gewissensfrage. Dazu fühle er sich nicht verpflichtet. Mit solchen Gewissensfragen würden

untragbare Schnüffeleien

verbunden sein. Er erinnere an Persönlichkeiten der alten Armee, wie Deimling, Schönaich usw., die in der alten Armee es auch zu etwas gebracht hätten. Er nehme nicht an, daß diese Männer ihre Gesinnung erst nach dem Kriege gewechselt hätten. Letzten Endes komme es auf den Führer an. Es werde immer von

Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden

geredet. Hier gelte es, das Mißtrauen zu beseitigen. Die Verbindung bestehe allein in dem Gedanken der Wehrhaftigkeit. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die sogenannten Wehrverbände 1930 keinen Mann mehr hätten, die den Krieg mitgemacht hätten und noch fähig wären, einen Krieg mitzumachen. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, den nationalen Gedanken zu fördern, sei gut. Im übrigen schaffe die Soldatenspielerei in den Wehrverbänden keinen für den Krieg brauchbaren Soldaten.

Polen lehnt Sonderverhandlungen ab.

Zur Gesamtberatung bereit.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat dem polnischen Außenministerium den offiziellen Vorschlag gemacht, gesonderte Verhandlungen über die Ausweisungsfrage aufzunehmen. Das polnische Ministerium erklärt dazu, daß es „derartige Verhandlungen leider nicht führen könne". Die Frage des Aufenthalts und der sonstigen Rechte von Ausländern seien durch die innerpolnische Gesetzgebung, und zwar „in liberalerer Weise als in Deutschland", geregelt. Polen habe außerdem mit keinem Staat besondere internationale Verträge über Ausweisungsfragen abgeschlossen.

Im übrigen sei Polen jederzeit bereit, die Frage des Niederlassungsrechts innerhalb der Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu besprechen und es sei bereit, die wirtschaftlichen Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen. Polen lehne es aber ab, die Regelung der Niederlassungsfrage als Bedingung für die Erneuerung der Wirtschaftsverhandlungen anzunehmen, nachdem man jahrelang diese Frage innerhalb der Handelsvertragsverhandlungen behandelt habe.

Zu diesen offiziellen polnischen Äußerungen wird von zuständiger deutscher Seite auf die Tatsache verwiesen, daß allein auf dem Generalkonsulat in Kattowitz in einem Monat 150 Ausweisungen festgestellt wurden, darunter ein großer Teil Arbeiter. Im übrigen brauche die polnische Äußerung nicht so aufgefaßt zu werden, daß nicht doch vor weiteren Handelsvertragsverhandlungen die Ausweisungsfrage behandelt werden könnte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Undurchführbarkeit des Dawes-Planes.

Neuyork. Die Etatsrede des neuen Reichsfinanzministers hat in Amerika stärkste Beachtung gefunden. Alle amerikanischen Zeitungen unterstreichen die große Bedeutung dieser Rede, in der von einem zuständigen deutschen Minister die Undurchführbarkeit des Dawes-Planes verkündet werde. Die amerikanischen Zeitungen versuchen natürlich, viele Stellen der Rede abzuschwächen, und bemerken hämisch, daß die der Rede abzuschwächen, und bemerken hämisch, daß die Plan aufwärmen möchten. Das zeige die Köhler-Rede. Andererseits geben die Zeitungen zu, daß Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner Kritik am Dawes-Abkommen Reichstag und Volk hinter sich habe. In amerikanischen Kreisen, die selbst die Unerfüllbarkeit des Dawes-Abkommens einsehen, wird Dr. Köhlers Rede besonders warm begrüßt, da sie gegen den scheinbaren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands energisch Front gemacht habe. Auf die führenden amerikanischen Wirtschaftskreise dürfte Dr. Köhlers Rede einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben.

Beschlüsse über das Arbeitszeitgesetz.

Das Reichskabinett erledigte nach eingehender Aussprache den Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm eine Entschließung zum Arbeitsschutzgesetz an, in der die in dem Gesetz vorgesehene Arbeitszeitregelung abgelehnt wird. Die Reichsregierung und der Reichstag werden aufgefordert, die Arbeitszeit in dem Gesetz für alle Arbeitnehmer auf höchstens 48 Stunden wöchentlich zu begrenzen. Die Entschließung wendet sich ferner gegen die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, über Nachtarbeit, Ruhezeiten sowie Mutter- und Kinderschutz, die völlig ungenügend seien. Es wird außerdem eine Erweiterung des Geltungsbereiches des Arbeitsschutzgesetzes gefordert. Der Bundesausschuß nahm ferner eine Entschließung zur „Lohnfrage und Mieterhöhung" an, in der vor einer weiteren Mieterhöhung gewarnt und gefordert wird, daß alle eintretenden Mieterhöhungen durch gleichzeitige Lohnerhöhungen ausgeglichen werden müßten.

Beschlüsse des Verbandes Preußischer Landgemeinden.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Berlin beschäftigte sich mit der Gestaltung des in Vorbereitung befindlichen Finanzausgleichs im Reich und in Preußen. Der Vorstand erklärte sich mit der Verlängerung des Provisoriums auf die Dauer von zwei Jahren einverstanden. Für den Fall, daß die Gemeindegetränkesteuer in Wegfall kommt, wird ein Ersatz im Wege des Finanzausgleichs als unbedingt notwendig verlangt. Die Schulkinderzahl müsse als Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270219-16/fragment/page=0001

leitungsmaßstab stark herausgezogen werden. Weiter befaßte der Vorstand sich mit einer Reihe von Fragen aus dem Gebiete der Schulverwaltung. Insbesondere wurden Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der leistungsschwachen Schulverbände unter gleichzeitiger Wahrung der kommunalen Interessen an der Verwaltung beraten. Angesichts der Beendigung der zweiten Ausschußlesung des Entwurfs einer neuen Landgemeindeordnung wurde einmütig das Festhalten an den bisherigen Forderungen des Verbandes beschlossen, insbesondere hinsichtlich der Ablehnung der weiteren Einführung von Landbürgermeistereien und der wahllosen Auflösung von Gutsbezirken. Die Herausnahme der Eingemeindungsbestimmungen aus der Landgemeindeordnung und die Regelung dieser wichtigen Materie durch besonderes Gesetz wurde für notwendig gehalten.

Aus In- und Ausland.

Kattowitz. Die von polnischer Seite erhobenen Proteste gegen die Kommunalwahlen am 15. November 1926 in den oberschlesischen Gemeinden Rosdzin, Birtkow, Kochlowitz, Neudorf und Hohenlohehütte, die eine überwiegende deutsche Mehrheit ergeben hatten, sind vom Kattowitzer Landrat als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß die deutschen Gemeindevertreter rechtsgültig gewählt sind.

Stockholm. Der frühere Reichskanzler Dr. Luther ist hier eingetroffen, um über die Stabilisierung der deutschen Währung zu sprechen. Dr. Luther erklärte in einem Interview, daß auch die neue deutsche Regierung die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen wolle. Dazu sei es aber notwendig, daß man Deutschland volle Freiheit auf den internationalen Märkten gewähre.

Washington. Das Marinedepartement hat eine Division von sechs Flugzeugen und eine Kompagnie Seesoldaten angewiesen, von San Diego (Kalifornien) nach Corinto (Nikaragua) abzugehen.

Der Kampf zwischen Nord und Süd in China.

Schanghai. Nach den letzten Nachrichten scheint der Fall Hangtschaus unmittelbar bevorzustehen, wenn er nicht zur Stunde schon Tatsache ist. Die Truppen des Südens stehen ihren erfolgreichen Vormarsch gegen Suntschuanfang fort. Sie befinden sich ungefähr zehn Meilen von Hangtschau entfernt, wo Züge bereitstehen, um Suntschuanfangs Generalstab aufzunehmen. Man glaubt, daß Suntschuanfang bald die Provinz Tschekiang verlieren wird, wenn nicht Verstärkungen aus Schantung eintreffen. Bisher haben sich noch keine Truppen von Schantung nach der Provinz Tschekiang in Bewegung gesetzt.

Die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschloß gegen die Stimmen der Linken, die Beratung des sozialdemokratischen Antrages, der die Auseinandersetzung der Länder mit den ehemaligen Fürstenhäusern der Landesgesetzgebung überlassen will, zu vertagen, da die Regierung ersuchte, zunächst die Wirkung der Verlängerung des Sperrgesetzes abzuwarten. Die Reichsregierung hofft nämlich, daß bis zum 30. Juni Vergleiche in allen Ländern zustande kommen.

Ein Meteor.

Jes. 63, 9: Er nahm sie auf und trug sie allezeit von alters her.

In Polen ist ein Meteor niedergegangen. Alles Volk ist entsetzt geflüchtet, denn es dachte, jetzt geht die Welt unter. Mancher wird diese Zeitungsnachricht mit Lächeln gelesen haben. Wir lächeln nicht. Gewiß, diese Angst der Leute war grundfalsch. Sie entsprang den längst überholten Auffassungen einer alten Zeit, nämlich, daß im verborgenen Weltall unheimliche Mächte am Werk seien, die darauf ausgingen, den Menschen zu schaden. Wir denken gerade umgekehrt. Auch uns lenken die Meteorsteine den Sinn in die verborgenen Tiefen des Weltalls, auch wir denken an die Macht, die sie hereingesandt hat in unsere Erdenwelt. Aber uns sagt der Stein das Gegenteil. Wir wissen, daß er einen unendlichen Weg herkommt, getragen von einer ewigen Kraft, die ihn nach ganz bestimmten ewigen Gesetzen seinem Ziele zugeführt hat. Wir wissen, daß da kein Zufall waltet, auch nicht einen Meter oder eine Sekunde lang, daß alles Ordnung, unzerbrechliche Ordnung ist. Und wir wissen, daß diese Kraft und diese unzerbrechliche Gesetzmäßigkeit das ganze Weltall mit allen seinen Abgründen umfaßt und zusammenhält und daß nichts, auch nicht ein Stäubchen aus diesem Zusammenhang herausfallen kann, und daß alle die Sonnen und Sterne bis zum kleinen Meteor ihre bestimmte vorgeschriebene Bahn wandern. Und unser Herz wird ganz getrost und voll Ruhe und Frieden: dieselbe Macht, die diesen Stein getragen hat zu seinem Ziel, die trägt auch uns, jeden auf seinem Wege, dem Ziel entgegen: dem Schoß der ewigen Liebe. P. H. P.

Aus der Umgegend

Nebra, 19. Februar.

— **Von der Eisenbahn.** Fast sämtliche Züge auf unserer Unstrutbahn fuhren gestern mit einer erheblichen Verspätung. Ursache hierfür war ein Eisenbahnunglück zwischen Weißenfels und Naumburg. Ueber dieses Unglück wird folgender Bericht von der Eisenbahndirektion veröffentlicht: „Erfurt, 17. Febr. Auf der Strecke Halle—Bebra entgleisten gestern abend 9 Uhr 15 Min. bei der Blockstelle Uechteritz, westlich von Weißenfels, vierzehn Wagen eines Güterzuges. Infolgedessen wurde die Hauptstrecke gesperrt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Personen- und Schnellzüge wurden umgeleitet.“

— **Alpenfest.** Wir verweisen nochmals alle lebensfrohen Leser auf das am Sonntag im „Schützenhaus“ vom Radfahrerverein arrangierte Alpenfest. Die zur Unterhaltung getroffenen Vorbereitungen sind durchweg großzügig und versprechen vollen Erfolg.

Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

ROMAN von J. SCHNEIDER-FOERSTL

— **„Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi“.** Wenn der Zeitungsbote kommt, dann möchte wohl jedes Familienmitglied zuerst die Zeitung in die Hand bekommen, um „die spannende Geschichte“ schnell zu lesen. Und wie horchte nun die große Gemeinde der unserer Zeitungsleser auf, als die erste Ankündigung erschien, daß der Roman als Bühnenstück bearbeitet und hier zur Aufführung kommen soll. Morgen Abend (Sonntag) nun ist der Aufführungstag, der Geigerkönig steigt, er wird allen Besuchern genußreiche Stunden bringen. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß auch den Kindern eine Freude zuteil wird durch Veranstaltung einer Märchenaufführung am Nachmittag.

— **Skater** werden gerufen nach Reinsdorf und Wennungen zum Preisskaten. Die Wege sind gut, sodaß ein schöner Spaziergang damit verbunden ist.

— **Doch ein Deutscher Tag.** Der von den Bezirksgruppe Nebra des „Stahlhelm“ bereits für Ende Januar geplante Deutsche Tag mußte bekanntlich infolge Erkrankung des Herrn Oberstleutnant Düsterberg, der sein Erscheinen für diesen Abend in Aussicht gestellt hatte, abgesagt werden. Der verdienstvolle Stahlhelmführer hat seine Mitwirkung nunmehr für den 24. Februar zugesagt. Wir werden in nächster Nummer noch näher auf das Programm eingehen.

— **Feuerwehr-Vergnügen.** In althergebrachter Weise wird auch die Freiwillige Feuerwehr Nebra in diesem Jahre wieder ihr Wintervergnügen in Gestalt eines Theater-Abends abhalten. Wie wir hören, ist der 27. Februar von der Versammlung gewählt und als Vergnügungslokal der „Preußische Hof“ bestimmt worden. Die Vorbereitungen für das zur Aufführung kommende Theaterstück sind im vollen Gange. Ein Volksstück in drei Akten, betitelt: „Lamprechts Lore“, wird diesmal zur Aufführung gelangen. „Lamprechts Lore“ ist ein volkstümliches Stück ernsten Inhalts, bietet aber in seinen Nebenrollen eine Menge humorvoller Handlungen, die bei guter Wiedergabe dem Stück ein schönes Gepräge geben werden. Unter den „Schauspielern“ finden wir außer den als gut bekannten „Unermüdlichen“ der vergangenen Jahre auch einige „neue Kräfte“ der diesjährigen Saison, sodaß wohl mit einer erfolgreichen Vorstellung zu rechnen ist. Da der Erlös aus dem Abend nur im Interesse der Feuerwehr und damit zum Wohle der Allgemeinheit verwendet wird, ist es wohl Ehrensache, daß möglichst alle Bürger die Veranstaltung durch ihre Anwesenheit unterstützen. Die kleine Schar der Dilettanten, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hat, wird sich redlich bemühen, die Besucher durch ein flottes Spiel zu befriedigen. Ein anschließender kleiner Ball — er kann auch ein wenig länger dauern — wird dazu beitragen, die während des Theaters eingeschlafenen Beine wieder in Bewegung zu setzen.

— **Die Wendelsteiner Brücke.** Vor einiger Zeit ging eine Nachricht durch die Presse, daß die Brücke über die Unstrut bei Wendelstein nicht neugebaut, sondern nur ausgebessert werden soll. Wie sich jetzt jedoch aus dem preußischen Haushalt ergibt, liegt die Sache doch anders, der Neubau wird von der Regierung als dringend erforderlich anerkannt und es werden 96 000 RM. dafür zur Verfügung gestellt. Hoffentlich ist dieser Brückenbau nur der erste Schritt zu einer neuen Verkehrsstraße zwischen Memleben und Roßleben.

— **Ein erschütternder Unfall** am Mittwoch gegen 1/6 Uhr abends hat die Familie des Ortsrichters Lehmann im benachbarten Memleben in tiefe Trauer versetzt. Der in der Gemeinde Memleben hochgeachtete und beliebte Ortsrichter Lehmann war abends gegen 6 Uhr nach einer Besprechung mit einem Nebraer Steinsetzmeister wegen vorzunehmender Pflasterarbeiten aus dem Gasthof „Zur Burg“ weggegangen, um zu Fuß nach Memleben zu gehen. Er hat seinen Weg auf dem Fußweg genommen und ist in der Dunkelheit etwa 1 Kilometer von Nebra entfernt, dort wo die Straße hart am Unstrutufer entlang führt, die steile Böschung hinuntergestürzt.

Zeugen für diesen Moment sind nicht vorhanden, auch ein Ruf oder Schrei ist nicht wahrgenommen worden, den gewiß zwei des Weges kommende Nebraer Bürger vernommen hätten. Es hat den Anschein, als ob der Fallende dicht am Ufer noch einen Halt erlangt hat, denn die zwei Bürger glaubten in der Dunkelheit bemerkt zu haben, daß jemand unten am Ufer sich aufzurichten versuchte, dabei aber rückwärts lautlos in das dort etwa 4 Meter Tiefe Wasser fiel. Sie meldeten ihre Wahrnehmung sofort der Nebraer Polizei und auf deren Veranlassung wurde am Donnerstag früh von dem Fischer Herzau aus Nebra die Unstrut an jener Stelle abgesucht. Etwa 10 Meter von der Stelle entfernt, wo die Mütze des Verunglückten am Ufer lag, wurde die Leiche, den Gehstock noch fest in der Hand, gefunden und geborgen. Donnerstagnachmittag wurde der so jäh ums Leben gekommene Mann seiner aufs tiefste erschütterten Familie zugeführt. Das Mitleid mit dieser ist allgemein und beschränkt sich nicht nur auf den Heimatsort, denn der Verstorbene war in weitem Umkreise geehrt und beliebt. Die Beerdigung findet am Sonntag 2 Uhr statt.

Strafsachenverhandlung im Amtsgericht Nebra

am 17. Februar 1927.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Weischeider; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizinspektor Fechner, beide in Nebra.

1) Der Schmied Fritz Köppnack in Nebra hatte gegen einen Strafbefehl über 3 RM. gerichtliche Entscheidung beantragt. Er soll ohne Entschuldigung eine Feuerwehrübung versäumt haben. Die heute angeführten Gründe des Köppneck wurden vom Gericht als ausreichend befunden und unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse erfolgte Freisprechung.

2) Weniger Glück mit seinem Einspruch gegen einen Strafbefehl in Höhe von 30 RM. hatte der Arbeiter Erich Pomplitz in Reinsdorf. Er wird beschuldigt, ohne Führerschein auf einem Motorrad gefahren zu haben. Seine Einrede, er habe das Rad geschoben, um eine Probefahrt zu machen, wurde ihm widerlegt. Das Urteil lautete auf 60 RM. und Kostentragung.

3) Ebenfalls Einspruch gegen einen Strafbefehl in Höhe von 75 RM. wegen Betrugs hatte der Händler Fritz Bornschein in Tröbsdorf erhoben. Dieser log aber noch rechtzeitig den Einspruch zurück und erklärte sich zur Zahlung der Strafe bereit.

4) Pferde ohne Geld zu kaufen hat der Pferdehändler Kurt Albrecht in Halle (früher in Querfurt) gut verstanden. So hat er dem Landwirt Albert Sturm in Wennungen im Jahre 1926 ein Pferd „abgekauft“, bis heute letzerem aber jeglich 10 RM. dafür gegeben. Obwohl Sturm sich das Eigentumsrecht am Pferde bis zur vollen Bezahlung vorbehalten, hat Albrecht dasselbe drei Tage nach Uebernahme für 350 RM. weiterverkauft. Sturm ist um 1000 RM. geschädigt, da der Angeklagte zahlungsunfähig ist. Es ist festgestellt, daß Albrecht mehrere solcher Pferdekäufe getätigt und die Verkäufer geschädigt hat. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis und Kostentragung

5) Freigesprochen wurde der Fährmann Otto Eberlei in Reinsdorf unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Ihm war ein Strafbefehl über 200 RM. zugestellt, weil er geduldet haben soll, daß in seinem Hause, in dem er Handel mit Flaschenbier betreibt, von Käufern Bier an Ort und Stelle getrunken wurde. Die heutige Verhandlung hat dafür keinen Beweis erbracht, vielmehr hat sich ergeben, daß das Bier nur vor dem Grundstück getrunken worden ist.

6) Wegen schweren Diebstahls angeklagt ist der Schweizer Hugo Hennemann aus Obertrebra bei Apolda. Er ist nicht erschienen und soll zum nächsten Termin vorgeführt werden.

7) Am 24 Juli v. J. saßen die Arbeiter Hermann Voigt, Wilhelm Westphal und der Schweizer Paul Pfüller, früher in Reinsdorf, jetzt in Naumburg, in der Gastwirtschaft in Reinsdorf zusammen. Pfüller bezahlte die Zeche, erklärte aber schließlich, sein Geld sei nun alle, während die beiden Zechenossen weiter trinken wollten. Pfüller trat den Heimweg nach Dräßes Gut an, Voigt und Westphal aber folgten ihm, und kurz vor seiner Behausung schlug der letztere den Pfüller mit einem Stock über den Kopf, daß dieser bestinnungslos zusammenbrach, während Voigt ihm mit einem Messer vier schwere Stichwunden beibrachte. Die Verletzungen hindern den Ueberfallenen, seinen Beruf voll auszuüben. Das Urteil lautete für Voigt auf 1 Jahr, für Westphal auf 9 Monate Gefängnis und Kostentragung.

8) In einer Privatklage des Arbeiters Otto Rammelt aus Reinsdorf als gef. Vertreter seiner minderjährigen Tochter Ida in Nebra gegen die Ehefrau Klara Widner geb. Schumann in Nebra wegen Beleidigung wurde Frau Widner zu 20 RM. und Ida Rammelt zu 10 RM. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten tragen die Verurteilten nach Höhe des Strafmaßes zu Zwei- und Eindrittel.

Oldisleben. Ein Gemeindeentscheid darüber, ob der Gemeindeverband aufgelöst werden soll oder nicht, fand am letzten Sonntag in unserem Orte statt. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt z. Zt. 1418 Stimmen, es wurden aber nur 600 gültige Stimmen abgegeben, sodaß der Entscheid für Beibehaltung des jetzigen Gemeindevertrages nicht gefallen ist. — In der Nacht zum Sonntag ist hier der aus dem Gerichtsgefängnis Altenburg ausgebrochene Brudermörder und vermutliche Einbrecher Johann Müller wieder festgenommen worden. Der Verbrecher hatte am Abend unerkannt an einer Versammlung in der Raskelerwirtschaft teilgenommen.

Kelbra. Hier hat ein Spitzbube bei Verübung eines Fahrraddiebstahls ein Herrenfahrrad Marke „Panther“ Nr. 402095 zu rückgelassen, welches zweifellos Gestohlen ist. Da der Eigentümer nicht bekannt ist, wolle sich der Betreffende melden.

Naumburg a. S. Der 7jährige Gerhard Holstein in Flemmingen fiel beim Spielen auf den Dorfteich in eines der Löcher, die zum Fang der Wasse flöhe aufgehackt waren. Er geriet unter das Eis und ertrank.

Corbetha, 17. Febr. Infolge Erschütterung, hervorgerufen durch ein vorüberfahrendes Lastauto, kamen die Stallgebäude und die Scheune eines Eisenbahners hier ins Wanken und stürzten zum großen Teil ein. Mit Mühe gelang es, das Vieh, das unter den Trümmern war, hervorzuholen.

Leuna. Leuna wird Leipziger „Vorort“. Es ist gelungen, eine Autoomnibus-Verbindung herzustellen, die täglich rund 1000 Arbeiter aus Leipzig nach dem Leunawerk befördert. Ferner wird in den nächsten Tagen eine besondere Zugverbindung von Leipzig nach Leuna eingerichtet, die neben der Beförderung von Arbeitskräften dem allgemeinen Verkehr zugänglich gemacht werden wird. In Leipzig erhoffte man von diesen Verbindungen eine Besserung der Arbeitsmarktlage.

Könnern. Die hiesige Zuckerfabrik soll für die Dauer stillgelegt werden. Wegen Uebernahme der Rüben sind Verhandlungen mit Glauzig im Gange.

Uebelroda bei Salzungen. Hier wurde ein Kalb mit zwei Hinterbeinen und einem Vorderbein geworfen. Es ist wohl und munter.

Königerode. Eine Aufregung verursachte die polizeiliche Festnahme des Landwirts Paul Bocke. Er wurde beschuldigt, an dem vor zwei Jahren vorgekommenen eigenartigen Verschwinden eines Landwirts aus Königerode beteiligt zu sein. Dessen Leiche sollte in der Scheune des B. vergraben sein. Die polizeiliche Nachgrabung hat nichts an den Tag gefördert. So wurde der unschuldig Festgenommene wieder entlassen. Ob ein Racheakt wie manche, der Anzeige zugrunde liegt, wird die weitere Untersuchung ergeben. — Bekannt ist verschwand vor fast zwei Jahren ein Landwirt aus Königerode spurlos, nachdem er sich in Berga bei einem Agenten der Viehversicherung einen größeren Betrag hatte auszahlen lassen. Der Verdacht lenkte sich gegen den Agenten Großmann, der nach einiger Zeit aus der Untersuchungshaft wieder entlassen werden mußte.

Altenburg. Gegen den am vergangenen Sonntag in Oldisleben verhafteten Brudermörder und Ein- und Ausbrecher Johann Müller wurde heute ein Mit wuch vor dem hiesigen erweiterten Schöffengerichtverhandelt. 13 schwere Diebstähle und die fahrlässige Tötung seines Bruders Richard Müller waren ihm zur Last gelegt und der Angeklagte gab auch all diese Straftaten zu. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre.

Nah und Fern.

○ **Karl v. Opel gestorben.** Plötzlich und unerwartet verstarb nach kurzer Krankheit in seinem Frankfurter Heim im Alter von 57 Jahren Kommerzienrat Karl von Opel, der Seniorchef der bekannten Fahrrad- und Automobilwerke Adam Opel, Rüsselsheim.

○ **Ein Kellner, der monatelang erfolgreich Rechtsanwälte vertrat.** In Berlin ist der angebliche Gerichtsassessor Achim Guth, ein früherer Kellner, festgenommen worden. Der Verhaftete ist unter der Maske eines Assessors bei einer ganzen Reihe von Berliner Anwälten tätig gewesen und hat die Anwälte vielfach vor Gericht vertreten.

○ **Polizeiaufsicht bei der Beerdigung.** Das eigenartige Schauspiel einer Beerdigung unter Polizeiaufsicht fand dieser Tage ins Arnsdorf im Riesengebirge statt. Dort war ein junger Mann gestorben, der gewünscht hat, nur durch die internationale Bibelforschung, Ortsgruppe Hirschberg, beerdigt zu werden. Da beide Ortspfarrer sich daraufhin auf das heftigste gegen eine Bestattung auf ihren Friedhöfen sträubten, mußte der Amtsvorsteher eingreifen und den katholischen Pfarrer anweisen, den katholischen Toten auf seinem Grund und Boden zu beerdigen. Auf dem Friedhof stand dann bei der Beerdigung der Wachtmeister von Arnsdorf neben dem Sarge und sorgte für einen ungestörten Verlauf der Bestattung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270219-16/fragment/page=0002

○ **Burg Runkel a. d. Lahn wird erneuert. Auf Veranlassung** ihres Besitzers, des Fürsten zu **Wied, wird** die Lahnburg Runkel, die in den drei Jahrhunderten ihres Bestehens sehr baufällig geworden ist, durch den deutschen Burgenerneuerer Professor Bodo Ebhardt gründlich erneuert werden. Nach der Wiederherstellung wird diese Burgruine, die mit ihren wuchtigen Türmen und spitzgiebeligen Dächern eine Zierde des Lahntales bildet, wieder zur öffentlichen Besichtigung freigegeben.

○ **600-Kilometer-Flug eines Kinderluftballons.** In Rheydt hatte eine junge Dame einen Reklameluftballon eines Warenhauses mit ihrer Anschrift aufgelassen. Sie erhielt jetzt den Bescheid, daß der Ballon nach sechs Tagen bei Didoot (Grafschaft Berkshire) in Mittelengland aufgefunden worden ist. Die Entfernung beträgt in der Luftlinie rund 600 Kilometer.

⊙ **Sprengstoffattentat auf ein Warschauer Gericht.** In Warschau haben unbekannte Täter im Vorzimmer des Kriegsgerichts des 11. Gerichtsbezirks einen Sprengkörper zur Explosion gebracht. Im Treppenhaus sowie in zwei Zimmern des Gerichts wurde schwerer Sachschaden angerichtet. Da für den Tag keine Verhandlungen angesetzt waren, wurde niemand verletzt.

⊙ **Granatenexplosion in Italien.** Neunundzwanzig 152-Millimeter-Granaten, die bei der Werft von Monfalcone aus dem Meere gefischt worden waren, explodierten während des Transportes. Ein Arbeiter wurde getötet, während sich die übrigen retten konnten.

⊙ **Ein Bettler mit 300 000 Lire Vermögen.** Den Straßenbettlern in Turin scheint es sehr gut zu gehen; die Polizei nahm einen 85jährigen Landstreicher fest, in dessen Besitz 300 000 Lire gefunden wurden. Der Bettler wohnte in einer traurigen Mansarde in Schmutz und Elend.

○ **Ein Pfarrer in der Kirche erhängt.** Der Pfarrer von Nordshausen bei Kassel wurde vermißt. Nachdem die Nachforschungen der Gemeindemitglieder zunächst erfolglos blieben, wurde er in seiner eigenen Kirche erhängt aufgefunden. Man nimmt an, daß er die Tat in einem plötzlichen Anfall von Schwermut verübt hat.

○ **Sogar Lachen kann gefährlich sein.** Von der städtischen Pressestelle in Magdeburg wird geschrieben: Die unverehelichte Luise K. renkte sich infolge zu heftigen Lachens den Kiefer aus. Sie fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt.

⊙ **Zusammenstoß zwischen Expreßzug und Lastkraftwagen.** Bei Tottenham fuhr ein Expreßzug an einer Bahnüberführung gegen einen Lastkraftwagen. Der Wagen wurde völlig zertrümmert, der Chauffeur war auf der Stelle tot. Die Vorderräder der Lokomotive sprangen infolge des heftigen Anpralls aus den Schienen. Dem Lokomotivführer gelang es im letzten Augenblick, den Zug zum Halten zu bringen, so daß ein unübersehbares Unglück vermieden werden konnte.

⊙ **Ein schweres Förderkorbunglück.** In dem Bergwerk von Saint-Etiv in Frankreich stürzte aus bisher unbekannter Ursache ein Förderkorb, in dem sich 17 Arbeiter befanden, auf den Grund des Schachtes, wobei zwei Arbeiter getötet und die übrigen schwer verletzt wurden.

Bunte Tageschronik.

Berlin. Durch einen Betriebsunfall auf dem Lehrter Bahnhof erlitt der Stadt- und Fernbahnverkehr empfindliche Stockungen.

Oldenburg. Der 22 Jahre alte Mechaniker Engelke erschoß in der Wohnung seiner Braut sein drei Monate altes Kind und brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß bei.

Bremen. Anläßlich seines am 20. Februar 1927 zum 70. Male wiederkehrenden Gründungstages hat der Norddeutsche Lloyd beschlossen, den Kassen eine Zuwendung von je 300 000 Mark zu machen.

Paris. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, riß das Kabel einer Drahtseilbahn, mit der 17 Touristen einen Ausflug nach Chorillos in Peru unternehmen wollten. Der Wagen stürzte ab und zerschellte an einer Mauer. Sechs Reisende wurden getötet und die übrigen teils schwer, teils leicht verletzt.

Bern. Der Schweizerischen Depeschenagentur wird aus East London gemeldet, daß der schweizerische Flieger Mittelholzer von Durban kommend mit seinem Flugzeug dort eingetroffen ist.

Belgrad. Wie „Novosty" melden, sind in Ljubinje neuerlich zwei Erdstöße erfolgt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Sachschaden wird auf drei Millionen Dinar geschätzt.

Newyork. Nach Meldungen aus Williamsport (Pennsylvania) zerstörte dort ein Großfeuer einen ganzen Straßenblock. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann getötet und mehrere andere schwer verletzt. Der Schaden beträgt rund eine Million Dollar.

Unwetterkatastrophe in Kalifornien.

Zahlreiche Tote.

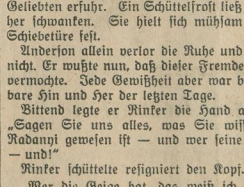
Die mehrtägigen Regen- und Schneestürme, die die kalifornische südliche Pazifikküste heimsuchten, forderten, soweit bekannt, 24 Menschenopfer und richteten unübersehbaren Schaden an. Viele Ortschaften können sich nur durch Rundfunk mit der Außenwelt verständigen. Andere Verkehrsmittel versagen. Das San-Diego-Tal steht zum Teil zehn Fuß unter Wasser. San Diego-Stadt ist schwerstens bedroht. In den Sierra-Nevada-Bergen verschüttete eine Schneelawine ein Feldlager der Edison-Compagnie. Auf eine Konstruktionsrotte, die sich um die Bergung der Verschütteten bemühte, ging eine zweite Lawine nieder und erforderte 13 Tote. Mehrere Eisenbahnzüge sind im Flutgebiet isoliert und die Waggons sind zum Teil von den nachgebenden Pfahlwerkdämmen gestürzt. Viele Ölfelds, Pumpwerke, Orangenhaine und Obstgärten sind vernichtet.

Eine weitere Meldung besagt: Einem Orkan in Südkalifornien und Arizona, der mit Erdstößen und Wolkenbrüchen verbunden war, sind 42 Tote zum Opfer gefallen. In Los Angeles wurden die Straßen teilweise völlig überflutet und die Villen bekannter Filmgrößen beschädigt. Beim Passieren eines Zuges brach eine Brücke ein. Ein Gebirgsdorf wurde von bei einem Erdrutsch abstürzenden Felsen begraben. Zehn Tote sind bisher festgestellt.

Der Reichstag fliegt. „Ja, wenn es doch wirklich soweit wäre, daß der Reichstag auffliegen möchte!" wird mancher sagen. Und das mit Recht, denn diese Gesetzmaschine ist in Wirklichkeit nur dazu da, nahezu 500 Männern das Dasein auf Kosten des deutschen Volkes so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Fahrt im Schlafwagen erster Klasse von einem Ende des Reiches zum andern wird den Herren Reichstagsabgeordneten zu ermüdend, sie wollen bequemer reisen, Höhenluft genießen. So wird aus Berlin berichtet: „Zwischen dem Reich und der Deutschen Lufthansa schweben, entsprechend einem Wunsche des Aeltestenrats des Reichstages, zur Zeit Verhandlungen über die Gewährung von Freiflugscheinen nach dem Vorbild der Eisenbahnfreikarte an die Reichstagsabgeordneten. Im Reichstag hat sich seit einiger Zeit das Bestreben bemerkbar gemacht, auch das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, für die Reisen der Abgeordneten dienstbar zu machen und das Reich zu veranlassen, für diese Freiflüge eine bestimmte Pauschale an die Deutsche Lufthansa zu zahlen, wie das bei der Eisenbahn und in gewissem Umfange auch bei den Schiffahrtsgesellschaften der Fall ist." Und du lieber Steuerzahler, was sagst du zu diesem Fliegersport der auserwählten Männer?

Hochfeinen
Sauerkohl
Pfund 10 Pfg.
empfiehlt **Ww. Metz.**

Geschirrführer
gesucht. Mit Papieren zu melden in der
Grabenmühle Vizenburg.



Reinsdorf.
Sonntag, 20. Febr.
von nachm. 2½ Uhr ab
Preisskat.
Hierzu ladet freundlichst ein **Bernschein.**

Reiche Abwechslung

in der täglichen Suppe bietet die große Sortenauswahl von **MAGGIS** Suppenwürfeln. Es gibt Eier-Nudeln, Reis, Blumenkohl, Ochsenschwanz, Erbs, Grünkern, Tomaten, Rumford und viele andere. 1 Würfel für 2 Teller Suppe **13 Pfg.**

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Herr Coolidge, den wir außerordntlich schätzen,
Tat sich vergnügt an seinen Schreibtisch setzen
Und sprach: „Es gilt dem ganzen Erdenballe,
Ich schreibe heut' mal einen Brief: An alle!"

Er schrieb dann diesen Brief mit Schneid und Schliffe
Und sagt', es gebe vielzuviele Schiffe,
Drum sei es Zeit, so mein' er im Vertrauen,
Statt ab und zu zu bau'n, nur ab zubauen.

Man dürfe sich nicht stets mit Rüsten brüsten
Von Kähnen, die des Meeres Küsten lüsten —
Ein Schelm, wen's immer dies zu tun gelüstet!
Er selber sei drum lange schon entrüstet.

Als die Franzosen die Epistel lasen,
Da dachten sie: „Er kann uns sonst was blasen!
Was uns der „Yankee dudelt" hier postalisch,
Erscheint uns ein'germaßen karnevalisch!"

Alt-England doch, als es den Brief erbrochen,
Sprach: „Nur vom Wasser hat der Mann gesprochen,
Mit keinem Worte sagt' er was vom Lande,
Da ist das Rüsten also keine Schande.

Erst wenn du dort auch schreist: „Die Waffen nieder!"
Dann, Vetter Coolidge, sprechen wir uns wieder . . ."
Worauf die Bulls bei so bewandten Dingen
Trapp im Parademarsch gen China gingen.

Nun sehen Sie, mein lieber Präsidente,
Jetzt steh'n Sie hilflos da mit dem Talente!
Ich rate Ihnen, lassen Sie das bleiben,
Man soll und soll nicht so'ne Briefe schreiben.

Es freunden immer noch sich die Nationen
Per Panzerkreuzer an und per Kanonen,
Der Friede doch, das Dummchen, steht und kichert:
„Mir kann ja nix gesch'h'n — ich bin gesichert!"

Aelteste reellste Bezugsquelle für
Neue Gänsefedern aus erster Hand!
Alle Federn garantiert gewaschen und staubfrei. — Federn wie man sie von der Gans rupft mit allen Daunen p. Pfd. 2,50 Mk., beste 3,50 Mk.
Pr. Halbdaunen p. Pfd. 5,— „
Dreiviertel Daunen la 6,75 „
Weiche zarte Volldaunen 9,75, 11,— „
Mit d. Hand ger. Federn m. Daunen 4,—, 5,—
Beste zart und weich 6,20, 5,75 Mk.
Rein weißer Daunenschleiß 8,25, 7,50 „
Versand gegen Nachnahme von 5 Pfund ab portofrei. Nichtgefallenes nehme auf meine Kosten zurück. —
Firma besteht 86 Jahre.
J. Graupe, Neu-Trebbin 173 (Oderbruch)
Gegr. 1841

Kirchliche Nachrichten

Sexagesima, den 20. Februar 1927.
Kollekte: Kirchliche Jugendpflege.
Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst **in der Kirche.** Herr Pastor Langguth.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst
Mittwoch abends 8 Uhr: Bibelstunde.
Freitag abends 8 Uhr: Jungfrauenverein.

Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

ROMAN von J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU

(62. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Blick, mit dem er nach Eva Maria sah, war hart, beinahe grausam. Sie trug die Schuld an allem. Was half jetzt womöglich ihre Reue? Mochte sie tragen, was sie sich selbst geschaffen hatte. Er fühlte keinerlei Mitleid, eher Haß und Befriedigung, daß die Stunde der Vergeltung über sie gekommen war.

Anderson beobachtete ihn scharf. Ein jäher Verdacht blitzte in ihm auf. Der Mann wußte um Radanyi.

Ehe Rinker noch einen Schritt gegen die Türe gemacht hatte, legte er die Hand um dessen Arm.

„Die Nachricht, die Sie mir bringen wollten, betrifft Elemer Radanyi."

Anderson fühlte deutlich ein Zusammenzucken des Fremden. Rinker versuchte die Hand auf seinem Arme abzustreifen, aber sie hatte sich bereits um sein Gelenk gelegt.

„Antworten Sie in Ihrem eigenen Interesse, mein Herr!" Scharf, drohend wurden diese Worte von Anderson herausgeschleudert.

In Rinker erwachte der Trotz. Sein Wille, nichts zu verraten, verstärkte sich noch. Nein und nochmals nein. Sie sollten nichts herausbekommen. Es war nur von Vorteil für ihn, daß der Amerikaner ihn nicht mehr erkannte. Er wollte den sehen, der ihn zum Sprechen zwingen wollte.

Mit einem Ruck machte er sein Gelenk frei.

„Ich weiß nichts von dem Geiger Radanyi!" sagte er so gleichgültig als möglich.

Anderson verstellte ihm den Weg zur Türe.

„Und seine Geige? — Wo ist die hingekommen? — Können Sie vielleicht darüber Auskunft geben?"

Rinker stand für den Moment wie gelähmt. — Seine Geige! O Gott!

Mit beiden Händen griff er nach der Lehne des Stuhles, der vor ihm stand.

„Also doch! — Also doch!" stöhnte er auf. „Es ist also alles umsonst gewesen. Aber ich hätte mir's ja denken können, daß es so kommt. Daß es nicht bei der einen Kugel bleibt und ihr eine zweite folgt. — Haben Sie ihm doch ein ehrliches Grab gegeben? — Sonst scharre ich ihn aus mit meinen eigenen Händen und trag ihn heim zu mir. Auf meinem Grund und Boden soll er ruhen, wenn sich sonst niemand seiner mehr erbarmt!"

Die Füße versagten Rinker. Anderson drückte ihn eiligst in einen der Gobelinsessel. Die Arme auf die Knie gestützt, preßte er die Fäuste gegen die Augen.

Eva Maria sah mit erloschenem Blick nach ihm. Es regte sich nichts mehr in ihr. Das war das Letzte, das sie über den Geliebten erfuhr. Ein Schüttelfrost ließ ihren Körper hin und her schwanken. Sie hielt sich mühsam an der Portiere der Schiebetüre fest.

Anderson allein verlor die Ruhe und das klare Ueberlegen nicht. Er wußte nun, daß dieser Fremde Aufklärung zu geben vermochte. Jede Gewißheit aber war besser als dieses furchtbare Hin und Her der letzten Tage.

Bittend legte er Rinker die Hand auf die eine Schulter. „Sagen Sie uns alles, was Sie wissen. — Was es mit Radanyi gewesen ist — und wer seine Geige im Besitze hat — und!"

Rinker schüttelte resigniert den Kopf.

„Wer die Geige hat, das weiß ich nicht! — Nur seinen Revolver, den habe ich mit mir genommen!"

Er entnahm seiner Tasche einen kleinen Browning und legte ihn vor Anderson auf den Tisch. Niemand sah, wie Eva Marias weitoffene Augen an der Waffe hängen blieben. Kein Laut kam aus ihrem Munde. Den Körper weit nach vorne gebeugt, stand sie völlig reglos.

„Ich bitte Sie!" sagte Harald, nun selbst mühsam seine Ruhe bewahrend. „Sagen Sie, wie alles zusammenhängt. — Erzählen Sie, so gut Sie es vermögen, ich bin Radanyis bester Freund. — Die Dame war vor Jahren seine Braut. Wir haben ihn beide über alles geliebt. Sie dürfen ruhig vor uns sprechen. Wenn Sie es wünschen, soll niemand etwas davon erfahren, selbst, wenn Sie sich dabei irgendwie schuldig gemacht hätten!"

„Ich habe mich in nichts schuldig gemacht!" sagte Rinker mit einer abwehrenden Handbewegung. Mit zusammengesunkenem Oberkörper blieb er in seinem Stuhle sitzen.

„Was soll ich Ihnen denn erzählen? — Und warum denn? — Es weckt ihn ja alles nicht mehr auf. Jetzt ist es zu spät. Im Juli wäre er noch zu retten gewesen." —

Er blickte auf Eva Maria hinüber, die man ruhig für eine stehende Leiche ansehen konnte. Aber er verspürte kein Mitleid. In seinen Augen war sie die allein Schuldige, die kein Erbarmen verdiente.

„Ich will es ganz kurz machen!" sagte er, erfüllt von dem Verlangen, möglichst rasch hier wegzukommen. „Das erstemal sah ich Herrn Radanyi, als ich Diener im Hause des Grafen Warren in der Herrenstraße war!"

Eine Hand hob sich schwer am Körper hoch. „Konstantin," sagte Eva Maria und ließ die Rechte wieder sinken.

Der Schrecken über das Erkennen jagte eine jähe Röte über ihre Wangen.

Rinker nickte, ohne aufzusehen. „In Amerika!", fuhr er fort, „war ich Etagenkellner im Hotel Astor, wo Radanyi wohnte."

Anderson beugte sich gegen ihn. „Dann bin ich Ihnen kein Fremder?"

„Nein, Mister Anderson. —"

„Wenn ich mich recht erinnere, waren Sie es, der mich damals rief, als die Vermählung Gellerns meinen Freund vollständig kopflos machte und für ihn das Schlimmste zu befürchten war!"

„Ja, Mister."

„Weiter — weiter —" drängte Harald nun selbst nervös geworden.

„Auf der Ueberfahrt benützten wir zufällig dasselbe Schiff. Ein Dieb hatte mir, während ich an Bord ging, meine gesamte Ersparnis entwendet. Da geigte Herr Radanyi für mich. Ich brauchte nur die Hand aufzuhalten und war an diesem Abend zehnmal so reich, als ich es je gewesen bin. — Zwei Jahre vorher habe ich 2000 Dollar von Herrn Radanyi bekommen, damit ich meine Schulden begleichen und meiner Familie Brot bringen konnte. — Ich hatte hoch gespielt und alles verloren. —

Ich war kaum acht Tage hier, da sah ich ihn draußen vor dem Ring durch die Anlagen kommen. Er ging etwas gebückt und trug die Geige in der Hand, ganz unwillkürlich schlug ich mich etwas in das Gebüsch. Er gefiel mir nicht. Ich hatte den Eindruck, daß irgend etwas nicht stimmte, sonst wäre ich auf ihn zugegangen und hätte ihn begrüßt. Ein paar Arbeiter kamen vorbei, denen fiel er auch auf. „Der hat's nicht recht und will den Vögeln etwas geigen," meinten sie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270219-16/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 5. Februar 1919 (R.G.Bl. S. 176) über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und der hierzu ergangenen Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 4. Juli 1925 (A.Bl. S. 103) und Verfügnng vom 26. Oktober 1926 — I c 5197/26 — nach welchen die Verordnung vom 12. Januar 1925 aufgehoben worden ist, wird hinsichtlich der **Verkaufszeit an Sonn- und Festtagen** unter Aufhebung der bisherigen Bestimmung für den Stadtbezirk Nebra folgende Verkaufszeit festgesetzt:

I. An Sonn- und Festtagen darf in **offenen Verkaufsstellen** grundsätzlich ein Geschäftsverkehr **nicht mehr stattfinden**.

Es werden jedoch folgende Ausnahmen zugelassen:

1. An allen Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des 2. Weihnachtsfeiertages, des 2. Osterfeiertages und des 2. Pfingstfeiertages wird
   a. der Handel mit Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren,
   b. der Handel mit frischen Blumen,
   c. der Handel mit Zeitungen,
   d. der Betrieb des Speditions- und anderen Gewerbe, soweit sie sich mit der Abfertigung und Expedition von Gütern befassen,
   in der Zeit von **vormittags 7½ bis 9½ Uhr** erlaubt.
2. In der Zeit vom 1. April bis 30. September ist der Verkauf von
   a. frischem Gemüse, frischem Obst,
   b. frischem Fleisch,
   c. frischen und geräucherten Fischen (auch Krabben) in derselben Weise wie zu I in den Stunden von 7½—9½ Uhr vormittags erlaubt.
3. An allen Sonn- und Festtagen, auch am 2. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag ist der Verkauf von
   a. Milch — auch auf öffentlichen Straßen oder von Haus zu Haus —
   b. Roheis,
   in der Zeit von 6 — 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags gestattet.
4. An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, an dem Sonntag vor den jährlich stattfindenden 2 Jahrmärkten und am Sonntag vor dem Osterfeste wird der Betrieb des Handelsgewerbes allgemein in den Stunden von 7½ — 9½ Uhr vormittags und von 12 bis 6 Uhr nachmittags erlaubt.
5. Der Verkauf von frischen Blumen und Kränzen ist am Totensonntag und am Trauersonntag zu Ehren der Gefallenen in der Zeit von 8—9 Uhr vormittags und von 12—4 Uhr nachmittags gestattet.
6. An allen Sonn- und Festtagen während der Dauer der Erntezeit der einzelnen Obstsorten ist der Verkauf derselben in Obsthütten, bei Obstpächtern usw. in den Stunden von 8 – 9 Uhr vormittags und von 1—5 Uhr nachmittags gestattet.

II. Innerhalb der vorgenannten Geschäftszeiten ist die Beschäftigung von Angestellten, Lehrlingen und Arbeitern gestattet. Sofern eine längere als zweistündige währende Beschäftigungszeit stattfindet, ist den Angestellten, Lehrlingen und Arbeitern zum Ausgleich ein Nachmittag in der Woche freizugeben.

Es ist in letzter Zeit beobachtet worden, daß die Verkaufszeiten an Sonn- und Festtagen und auch an Alltagen nicht eingehalten werden. An Alltagen ist eine Verkaufszeit im Handelsgewerbe von 7 Uhr morgens bis abends 7 Uhr zugelassen.

Der Polizeibeamte ist angewiesen, in Zukunft eine Kontrolle auszuüben und Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

III. Die Uebertretung vorstehender Bestimmungen wird gemäß § 146a der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 600,— RM., im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Nebra, den 12. Februar 1927

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die auf Grund des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) anzeigepflichtigen Viehseuchen der Polizeiverwaltung überhaupt nicht oder sehr verspätet angezeigt worden sind.

Seuchen, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt, sind:

1. Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche,
2. Tollwut,
3. Rotz,
4. Maul- und Klauenseuche,
5. Lungenseuche des Rindviehs,
6. Pockenseuche der Schafe,
7. Beschälseuche der Pferde, Bläschenausschlag der Pferde und des Rindviehs,
8. Räude der Einhufer und der Schafe,
9. Schweineseuche, sofern sie mit erheblichen Störungen des Allgemeinbefindens der kranken Tiere verbunden ist, und Schweinepest,
10. Rotlauf der Schweine einschl. des Nesselfiebers (Backsteinblattern).
11. Geflügelcholera und Hühnerpest,
12. Aeußerlich erkennbare Tuberkulose des Rindviehs, sofern sie sich in der Lunge in vorgeschrittenem Zustande befindet oder Euter, Gebärmutter oder Darm ergriffen hat.

Bricht eine der vorbenannten Seuchen im Viehbestande aus oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer des betreffenden Viehes **unverzüglich Anzeige zum machen** und die kranken und verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten. **Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht** und derjenige, der mit der Aufsicht des Viehes anstelle des Besitzers beauftragt ist.

Zur unverzüglichen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle Personen verflichtet, die sich mit Ausübung der Tierheilkunde oder gewerbsmäßig mit der Kastration von Tieren beschäftigen, desgleichen die Fleischbeschauer einschl. der Trichinenschauer, ferner die Personen, die das Schlächtergewerbe betreiben, sowie solche, die sich gewerbsmäßig mit der Bearbeitung, Verwertung oder Beseitigung geschlachteter, getöteter oder verendeter Tiere oder tierischer Bestandteile beschäftigen, wenn sie, bevor ein polizeiliches Einschreiten stattgefunden hat, von dem Ausbruch einer der Anzeigepflicht unterliegenden Seuche oder von Erscheinungen, die den Ausbruch der Seuche befürchten lassen, Kenntnis erhalten.

Wer vorsätzlich die ihm obliegende Anzeige unterläßt, oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Tatsache Kenntnis erhalten hat, verzögert oder es unterläßt, die kranken und verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten, wird auf Grund des §74 des Viehseuchengesetzes **mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15 bis 3000 M. bestraft.**

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Viehseuchengesetzes wird gegen den Schuldigen unverzüglich ein Strafverfahren eingeleitet.

Nebra, den 15. Februar 1927

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Das Dach des Rathauses soll instandgesetzt werden. Weiter soll ein Umbau der unteren Rathausräume erfolgen.

Es wird um Einreichung von Kostenanschlägen gebeten.

Nebra, den 14. Februar 1927.

Der Magistrat.

Die Liste der im Kriege Gefallenen liegt im Magistratsbüro zur Einsichtnahme aus. Es wird nochmals gebeten, die Liste einzusehen und die etwa nock nicht eingetragenen Gefallenen mitzuteilen, damit Berichtigung erfolgen kann.

Nebra, den 17. Februar 1927.

Der Bürgermeister.

Sonntag, den 20. d. Mts., im Schützenhaus

Alpenfest

der Radfahrervereinigung.

Zur **Einsegnung** empfehle:

Kleiderstoffe Anzugstoffe

Fertige Kleider

Fertige Anzüge

◆ Wäsche ◆

◆

Friedrich Krey

Inh.: Emil Krey

Wennungen.

Sonntag, 20. Febr. von nachm. 2½ Uhr ab

Preisskat.

Hierzu ladet freundlichst ein

Gruber.

Plissée

die grosse Mode

beste Ausführung nur bei der

Färberei und chem. Reinigungsanstalt

Carl Bartels,

Telefon 372. **Naumburg a. S.**

Annahmestelle für **Nebra:**

Friedrich Krey, Manufakturwaren

Preußischer Hof.

Heute Sonnabend

Kränzchen und Bockbierfest

im großen Saale

Unterhaltungsmusik

Eintritt frei!

Es ladet freundlichst ein **Fr. Maertens und Frau.**

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

im „Preußischen Hof"

Unser Roman als Schauspiel!

Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

Vorher, Nachmittags ¼4 Uhr

Die Zauberschlösser

Kindermärchen.

Freiwillige Feuerwehr Nebra.

Zu unserem am **Sonntag,** den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des „Preußischen Hofes" stattfindenden

Theater und Ball

ladet Freunde und Gönner hierdurch freundlichst ein

Das Kommando.

Kassenöffnung 7 Uhr.

Eintrittspreis:

Saalplätze (numeriert) 1.— Mk., Estrade 75 Pfennig, Galerie 50 Pfg.

Vorverkauf

von Donnerstag ab in der Buchhandlung W. Scharf.

Ferkel- und Kälbersterbe

hört auf durch **M. Brockmann's Vieh-Lebertran-Emulsion „Osteosan".**

Schutzmarke

Eiweiß- nährsalz- u. stark vitaminhaltig. Keine gew. Viehemulsion — dabei billiger. Prospekt kostenfrei. Echt nur in Original-Flaschen. Zu haben in Drogerien, Apotheken und sonstigen einschlägigen Geschäften. Wo nicht, durch

M. Brockmann, Chem. Fabr. m.b.H., Leipzig-Eutr.

Bestimmt zu haben in Roßleben in der Apotheke zur gold. Aue H. Ulrich.

In Nebra bei Walter Gutsmuths, Adler-Drogerie.

In Wiehe bei Apotheker R Baumgart.

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff!

Belehrend · Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von

nur RM 1.80

Jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller sowie Preisvergünstigungen beim Bezug aller Kosmosveröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos

Was ist

modern

?

Beyers Mode-Führer

Band I: Damen-Kleidung Frühjahr 1927 (Preis 1.50 Mark)

Band II: Kinder-Kleidung Frühjahr-Sommer 1927 (Preis 1 Mark)

zeigen's Ihnen!

Überall zu haben!

Verlag Otto Beyer, Leipzig T

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270219-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 14 — Sonnabend, den 19. Februar 1927. — 40. Jahrgang.

Zerstörte Hoffnungen.

Soeben ist eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums erschienen, die ganz außerordentlicher Beachtung wert und von viel größerer Wichtigkeit ist als so manches, was sich im politischen Leben augenblicklich in den Vordergrund schiebt. Diese Denkschrift behandelt die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung, soweit sie auf Grund des im vergangenen Jahre entstandenen Arbeitsbeschaffungsprogramms vollzogen worden sind. Dieses Programm, das für die Zwecke der Milderung der Arbeitsnot damals der Reichsregierung Hunderte von Millionen zur Verfügung stellte, wurde mit einem Enthusiasmus begrüßt, der insofern übertrieben war, als er sogar das Ende der Arbeitslosigkeit in nächste Nähe gerückt sah. Die Rechenschaft, die die Regierung nun über die bisher getroffenen Maßnahmen ablegt, rechtfertigt den damaligen Enthusiasmus nur in sehr geringer Weise. Das Programm hatte zwei Ziele: Belebung der Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen seitens der Behörden und andererseits die Beschäftigung arbeitslos Gewordener.

Dieser zweite Gesichtspunkt sollte der Ausgangspunkt sein für die Beschäftigung Arbeitsloser innerhalb der Industrie, die auf Grund der gesteigerten behördlichen Aufträge ihre Erzeugung vermehren würde. Dann aber auch für die eigentlichen Notstandsarbeiten. Eine wirklich merkbare Herabsetzung der Arbeitslosigkeit ist in diesen beiden Richtungen — wenigstens auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms — nur in äußerst geringfügiger Ausdehnung eingetreten. Man hatte alle Vorsichtsmaßnahmen dagegen getroffen, daß die für die Aufträge herangezogenen Firmen etwa Überstunden einführten; trotzdem muß die Denkschrift zugeben, „daß die Übernahme der Aufträge keineswegs in allen Betrieben Neueinstellungen von Arbeitskräften erforderlich machte, z. B. dann nicht, wenn die Arbeitsgelegenheit der bisherigen Belegschaft erschöpft war, ihre Entlassung nur mit Hilfe der neuen Aufträge vermieden wurde oder wenn die Belegschaft bisher infolge ungenügender Beschäftigung des Betriebes verkürzt arbeitete. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch Firmen, die nun wirklich in der Lage waren, Erwerbslose einzustellen.“ Ebenso entsagend drückt sich die Denkschrift aus über den Erfolg, den die eigentlichen Notstandsarbeiten hinsichtlich der Herabdrückung der hohen Erwerbslosenziffer hatten. Der verhältnismäßige Anteil der Notstandsarbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbslosen ist ungefähr in der ganzen Zeit der gleiche gewesen. Und der Rückgang in der allgemeinen Arbeitslosenziffer „ist selbstverständlich nicht allein und nicht einmal überwiegend auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen“. Von dem Stichtag des 15. Mai 1926 ist die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen von 171 000 bis auf 124 000 am 15. Dezember 1926 zurückgegangen, gleichzeitig auch im Verhältnis zu der Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen von 9,6 bis auf 8,5. Sowohl für die Notstandsarbeiten selbst wie für die Kredite, die man der Industrie gab, sind ganz gewaltige Summen ausgeworfen worden. So gab die Reichsbahn teils aus eigenen Mitteln, teils mit Hilfe des 100-Millionen-Kredits des Reiches Aufträge in Höhe von über 150 Millionen; die Reichspost sah die Verwendung von 320 Millionen vor. Für Kanal- und Wohnungsbauten, für die Errichtung von Landarbeiterwohnungen usw. wurden gleichfalls Kredite bereitgestellt, die die Höhe von rund 100 Millionen fast erreichten. Dazu kommen aber noch die Riesensummen, die für die eigentlichen Notstandsarbeiten, also Straßenbauten und Meliorationen, Flußregulierungen und Kanalisationsarbeiten usw. ausgesetzt waren und die sich auf rund 240 Millionen Mark beziffern. Davon sind allein 82 Millionen für Straßenbauten ausgegeben worden. Leider ist insofern der beabsichtigte Erfolg auch deswegen ausgeblieben, weil die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit einer Unterstützungsdauer von mehr als 26 Wochen sich während des Jahres 1926 nicht nur verzehnfachte, sondern auch die Verhältniszahl gegenüber den kürzer oder länger Unterstützten anschwoll.

Aus der Denkschrift selbst geht aber leider noch das weitere hervor, daß das Zusammenarbeiten der Reichs- und Länderbehörden bei einer ganzen Reihe der in Betracht kommenden Aufgaben ein überaus unerfreuliches gewesen ist, daß hier Schwierigkeiten nicht bloß auftauchten, sondern teilweise erst geschaffen wurden. Die Hoffnungen also, die von mancher Seite in übertriebener Weise auf die wirtschaftliche Auswirkung des Arbeitsprogramms gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt und die Denkschrift stellt demgemäß zum Schluß fest, daß „staatliche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit immer nur teilweise beheben und mildern können; die durchgreifende Heilung aber muß aus der Wirtschaft selbst kommen und ihre unerläßliche Voraussetzung ist die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Wallraf zum Vorsitzenden gewählt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wählte an Stelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abg. Hergt (Dtn.) den Abg. Wallraf (Dtn.) zu seinem Vorsitzenden. Sodann wurden die Gesetzentwürfe über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag behandelt. Der Ausschuß gab nach kurzer Aussprache den beiden Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen seine Zustimmung. Auch wurde beschlossen, daß in nächster Zeit im Auswärtigen Ausschuß eine allgemeine Aussprache über Schiedsgerichtsverträge stattfinden soll.

Es folgte die Beratung der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen. Nachdem Staatssekretär von Schubert und andere Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den bisherigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eingehende Erläuterungen gegeben hatten, entspann sich eine ausführliche vertrauliche Debatte darüber, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten.

Völlige Entwaffnung Deutschlands.

Ein Urteil des Marschalls Foch.

Im Heeresausschuß der Französischen Kammer erstattete Marschall Foch Bericht über die Entwaffnung Deutschlands. Er nahm Bezug auf die Feststellung der Interalliierten Kontrollkommission und die Beratungen der Botschafterkonferenz und die von Deutschland betr. die Ostfestungen eingegangenen Verpflichtungen. Er betonte, daß die deutsche Entwaffnung nunmehr effektiv sei, daß man aber für die Zukunft wachsam bleiben müsse.

General de Castelnau beschäftigt sich im „Echo de Paris“ mit der Frage der Rheinlandbesetzung und kommt, nachdem er einzelne strategische Fragen für den Fall eines Konflikts entwickelt hat, zu folgendem Schluß: Wenn das Land die Annäherungspolitik haben wolle, dann müsse es vor allen Dingen von seinen Vertretern im Parlament die Schaffung einer soliden und stark organisierten Armee fordern. Das sei der Preis für die Annäherung und den Frieden.

Erziehung für den Zukunftskrieg.

General Heye über die Aufgaben der Reichswehr.

Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Heye, gab bei Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums eine längere Darstellung der Verhältnisse in der Reichswehr. Er lege besonderen Wert darauf, so führte der Redner aus, die Reichswehr dem Volk und dem Vaterlande nahezubringen. Unsere kleine Reichswehr sei ein Volksheer; sie müsse Glied des deutschen Volkes und Vaterlandes sein und bleiben. Das Heer könne nicht im Frieden, noch weniger im Kriege allein stehen. Das Heer könne den Kampf nur führen, wenn das ganze Volk hinter dem Heer stehe.

Im Zukunftskriege

sei ja der Soldat nicht die Hauptsache, sondern das ganze Volk müsse den Krieg führen. Es sei klar, daß häufig die Außenpolitik mit den Arbeiten und Zielen der Wehrmacht in einem natürlichen Gegensatz stünde. Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Er könne verstehen, daß eine Armee nicht nötig sei, sei sie aber da, so müsse die Armee zum Kriege im vollsten Sinne erzogen werden. Ein Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Jeder, der den Krieg mitgemacht habe, wisse, welche Schrecken mit dem Kriege für das Vaterland verbunden seien. Er würde pflichtvergessen sein, wenn er nicht alle Eventualitäten eines künftigen Krieges erwägte und alles, soweit es im Rahmen des Versailler Vertrages möglich sei, vorbereiten würde. Bei allem müsse man aber berücksichtigen, daß die Reichswehr in der schwersten Entwicklung stehe, daß sie aber jetzt

auf festen Säulen steht,

dafür danken wir dem Minister Dr. Geßler und dem Ge- […] Gehorsam und Kame- […] hr aus. Auch seine […] dert werden könne. […] gute Truppe, […] Er begrüße den […] ng, die Truppe bei […] ben kennenzulernen. […] eine Kritik sei er […] ber die Reichswehr […] von welcher Seite […] n ins Auge gefaßt […] Systems bedeuteten, […] den, weil er davon […] abe sich auch

[…] r Truppenerfahrun- […] immer, wenn der […] ten des Soldaten […] i eine große […] zwischen den An- […] ben, seine Pflichten […] s werde gesagt, daß […] anisch […] die Monarchie für […] rade die Offiziere, […] bringen, dienten […] und darauf komme […] ständlich keine Ge- […] verpflichtet. Mit […] verbunden sein. Er erinnere an Persönlichkeiten der alten Armee, wie Deimling, Schönaich usw., die in der alten Armee es auch zu etwas gebracht hätten. Er nehme nicht an, daß diese Männer ihre Gesinnung erst nach dem Kriege gewechselt hätten. Letzten Endes komme es auf den Führer an. Es werde immer von

Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden

geredet. Hier gelte es, das Mißtrauen zu beseitigen. Die Verbindung bestehe allein in dem Gedanken der Wehrhaftigkeit. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die sogenannten Wehrverbände 1930 keinen Mann mehr hätten, die den Krieg mitgemacht hätten und noch fähig wären, einen Krieg mitzumachen. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, den nationalen Gedanken zu fördern, sei gut. Im übrigen schaffe die Soldatenspielerei in den Wehrverbänden keinen für den Krieg brauchbaren Soldaten.

Polen lehnt Sonderverhandlungen ab.

Zur Gesamtberatung bereit.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat dem polnischen Außenministerium den offiziellen Vorschlag gemacht, gesonderte Verhandlungen über die Ausweisungsfrage aufzunehmen. Das polnische Ministerium erklärt dazu, daß es „derartige Verhandlungen leider nicht führen könne“. Die Frage des Aufenthalts und der sonstigen Rechte von Ausländern seien durch die innerpolnische Gesetzgebung, und zwar „in liberalerer Weise als in Deutschland“, geregelt. Polen habe außerdem mit keinem Staat besondere internationale Verträge über Ausweisungsfragen abgeschlossen.

Im übrigen sei Polen jederzeit bereit, die Frage des Niederlassungsrechts innerhalb der Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu besprechen und es sei bereit, die wirtschaftlichen Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen. Polen lehne es aber ab, die Regelung der Niederlassungsfrage als Vorbedingung für die Erneuerung der Wirtschaftsverhandlungen anzunehmen, nachdem man jahrelang diese Frage innerhalb der Handelsvertragsverhandlungen behandelt habe.

Zu diesen offiziellen polnischen Äußerungen wird von zuständiger deutscher Seite auf die Tatsache verwiesen, daß allein auf dem Generalkonsulat in Kattowitz in einem Monat 150 Ausweisungen festgestellt wurden, darunter ein großer Teil Arbeiter. Im übrigen brauche die polnische Äußerung nicht so aufgefaßt zu werden, daß nicht doch vor weiteren Handelsvertragsverhandlungen die Ausweisungsfrage behandelt werden könnte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Undurchführbarkeit des Dawes-Planes.

Newyork. Die Etatsrede des neuen Reichsfinanzministers hat in Amerika stärkste Beachtung gefunden. Alle amerikanischen Zeitungen unterstreichen die große Bedeutung dieser Rede, in der von einem zuständigen deutschen Minister die Undurchführbarkeit des Dawes-Planes verkündet werde. Die amerikanischen Zeitungen versuchen natürlich, viele Stellen der Rede abzuschwächen, und bemerken hämisch, daß die der Rede abzuschwächen, und bemerken hämisch, daß die Plan aufwärmen möchten. Das zeige die Köhler-Rede. Andererseits geben die Zeitungen zu, daß Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner Kritik am Dawes-Abkommen Reichstag und Volk hinter sich habe. In amerikanischen Kreisen, die selbst die Unerfüllbarkeit des Dawes-Abkommens einsehen, wird Dr. Köhlers Rede besonders warm begrüßt, da sie gegen den scheinbaren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands energisch Front gemacht habe. Auf die führenden amerikanischen Wirtschaftskreise dürfte Dr. Köhlers Rede einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben.

Beschlüsse über das Arbeitsgesetz.

Das Reichskabinett erledigte nach eingehender Aussprache den Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm eine Entschließung zum Arbeitsschutzgesetz an, in der die in dem Gesetz vorgesehene Arbeitszeitregelung abgelehnt wird. Die Reichsregierung und der Reichstag werden aufgefordert, die Arbeitszeit in dem Gesetz für alle Arbeitnehmer auf höchstens 48 Stunden wöchentlich zu begrenzen. Die Entschließung wendet sich ferner gegen die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, über Nachtarbeit, Ruhezeiten sowie Mutter- und Kinderschutz, die völlig ungenügend seien. Es wird außerdem eine Erweiterung des Geltungsbereiches des Arbeitsschutzgesetzes gefordert. Der Bundesausschuß nahm ferner eine Entschließung zur „Lohnfrage und Mieterhöhung“ an, in der vor einer weiteren Mieterhöhung gewarnt und gefordert wird, daß alle eintretenden Mieterhöhungen durch gleichzeitige Lohnerhöhungen ausgeglichen werden müßten.

Beschlüsse des Verbandes Preußischer Landgemeinden.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Berlin beschäftigte sich mit der Gestaltung des in Vorbereitung befindlichen Finanzausgleichs im Reich und in Preußen. Der Vorstand erklärte sich mit der Verlängerung des Provisoriums auf die Dauer von zwei Jahren einverstanden. Für den Fall, daß die Gemeindegetränkesteuer in Wegfall kommt, wird ein Ersatz im Wege des Finanzausgleichs als unbedingt notwendig verlangt. Die Schulkinderzahl müsse als Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270219-16/fragment/page=0005
DFG